

# Ein herrliches Zeitbild

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **66 (1969)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839377>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rischen Kommission für Probleme der geistigen Behinderung, deren Sekretariat Pro Infirmis übernommen hat. Diese Kommission setzt sich bekanntlich zum Ziel, die Bestrebungen für geistig Behinderte im ganzen Land besser zu entwickeln und zu koordinieren, ohne jedoch Ausführungsorgan zu sein. Es sind zehn aus Eltern und Fachleuten zusammengesetzte Arbeitsgruppen gebildet worden, aus deren Beratungen bereits Impulse zu praktischer Tätigkeit erfolgt sind, wie beispielsweise die Schaffung von ambulanten heilpädagogischen Diensten zur Elternanleitung. Bereits sind – nach dem Beispiel des «Service éducatif itinérant» im Waadtland und Wallis – in Bern, Freiburg, Genf, Liestal, Luzern, Olten, St. Gallen (inkl. AR, AI, GL), Schaffhausen, Solothurn und Schwyz solche Zentren zur frühen Förderung geistig behinderter Kleinkinder entstanden, und weitere sind in Vorbereitung. Pro Infirmis leistet, zusammen mit den regionalen Elternvereinigungen und den Sektionen der Schweizerischen Hilfsgesellschaft für Geistesschwache, die Vorarbeiten dazu und finanziert die Anlaufzeit bei den meisten von ihnen.

Die Arbeit von Pro Infirmis wäre nicht denkbar ohne engste Zusammenarbeit mit allen an der Behindertenhilfe beteiligten Körperschaften. Die Koordination zwischen allen medizinischen und pädagogischen Stellen, zwischen Eltern- und Selbsthilfevereinigungen sowie mit den staatlichen Organen der Sozialversicherung ist eines der größten Anliegen von Pro Infirmis. Es geht ihr dabei keinesfalls um eine Monopolstellung, sondern vielmehr darum, im Interesse der behinderten Mitbürger die jeweils beste Lösung zu finden. Über die vielfältigen Einzelaufgaben, die Pro Infirmis und jeder einzelne ihrer Mitgliederverbände unter diesem Gesichtspunkt erfüllen, gibt der Jahresbericht einen interessanten Überblick. (Er kann beim Zentralsekretariat Pro Infirmis, Postfach, 8032 Zürich, Tel. 051/32 05 31, bezogen werden.)

## Ein herrliches Zeitbild

### «*Underground*» im Volkshaus

Darüber vernehmen wir in einer Berichterstattung in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 22. April dieses Jahres was folgt:

Was hat man unter «Underground» zu verstehen? Wenn man die am Freitag abend vom Zürcher Klub *Platte 27* organisierte und von vorwiegend deutschen Akteuren in Szene gesetzte «*Underground-Monsterschau*» zum Maßstab nehmen will, so setzt sich der «Untergrund» zusammen aus Leuten, die unabhängig voneinander während einer Viertelstunde «Uhu-uhu» ins Mikrofon brüllen oder an einer elektrischen Gitarre zupfen, aus Musik in Anführungszeichen, die wie der Lärm der Geisterbahn am Jahrmarkt oder das Quietschen von 10000 Dudelsackpfeifen klingt, aus bunten Klecksen, die an die Leinwand projiziert werden, aus Gestalten, die während zehn Minuten einfach herumstehen, um sich anschließend in obszöner Weise in einem Knäuel am Boden herumzubalgen, aus Kurzfilmen, in denen unappetitliche Gesellen durch blutrote Farbe noch unappetitlicher gemacht werden, aus leistungsfähigen Verstärkeranlagen und, vor allem, aus *Langeweile*.

Zu erwähnen wäre ferner eine von Kopf bis Fuß mit schwarzer Farbe angestrichene Dame, die sich vorerst im «Rohzustand» präsentierte und dann mit nacktem Oberkörper Schlagzeug spielte, sowie ein sogenanntes *Tastkino*, ein Mäd-

chen, das einen Blechkasten vor der Brust trug und einige Besucher einlud, sich mit den Händen zum dreidimensionalen «Film» vorzutasten. Neu für die Bühne eines öffentlichen Zürcher Theatersaales war zweifellos ein splitterackter Mann, an dem sich eine Frau in unzweideutiger Weise zu schaffen machte.

Das «Underground»-Ensemble focht während Stunden um Leute, die bis zu 22 Franken Eintritt bezahlt hatten, und die zahlreichen Besucher jugendlichen Alters (Zutritt ab 18 Jahren) ließen alles mit geradezu stoischer Ruhe über sich ergehen, auch Wasserstrahlen, die zu guter Letzt aus einer Maschine von der Bühne her in den Saal gespritzt wurden. su.

## Rechtsentscheide

Wir drucken nachstehend einen Regierungsratsbeschluß Solothurn über einen Fall aus dem Vormundschaftsrecht ab, der auch eine gewisse Bedeutung für die Fürsorge hat. Red.

### *Entzug der elterlichen Gewalt (Art. 285 ZGB)*

*Ohne Anhörung der Eltern darf kein Entzug der elterlichen Gewalt beschlossen werden.*

*Die Unfähigkeit der Eltern zur Ausübung der elterlichen Gewalt tritt auch ein bei Strafverhaftung und Entmündigung. Das Abhalten der Kinder vom Schulbesuch stellt eine schwere Pflichtvernachlässigung der Eltern dar.*

1. Im Rekurs verlangt Herr W. lediglich, daß ihm und seiner Ehefrau ein Aufschub bewilligt werde, bis sie wieder in der Schweiz seien und zur ganzen Angelegenheit Stellung nehmen könnten. Dazu ist festzuhalten, daß den beiden Elternteilen das rechtliche Gehör im Entzugsverfahren gewährt wurde. Dem Schreiben des Stadtmagistraten Innsbruck vom 28. Dezember 1967 ist zu entnehmen, daß auf Veranlassung der Vormundschaftsbehörde Z. beide Eltern im Gefangenenhaus des Landesgerichtes Innsbruck befragt wurden im Entzugsverfahren. Die Vorkehren nach Art. 283/85 ZGB sind besonders schwere Eingriffe in die persönliche Rechtsphäre der Eltern. Sie dürfen darum – auch im Verwaltungsverfahren – nicht getroffen werden, ohne daß die Eltern angehört werden (vgl. Hegnauer: Komm. zu Art. 288 N. 27; Imboden: Schweizerische Verwaltungsrechtsprechung Seite 317; BGE 85 I 76, 87 I 155). Die Eltern konnten vor dem Stadtmagistrat Innsbruck sich zum Vorhaben der Vormundschaftsbehörde äußern, was sie auch getan haben. Sie erklärten sich mit diesem Vorhaben des Entzuges der elterlichen Gewalt nicht einverstanden und machten vor allem geltend, daß sie bis zur Inhaftierung in Innsbruck immer für die Kinder gesorgt haben. Frau W. legte bei dieser Befragung dar, daß die Tatsache, daß sie nach ihrer Rückkehr in die Schweiz eine Strafe verbüßen müsse, niemals ausreichend sei, den Gewaltsentzug zu rechtfertigen, zumal noch Verwandte da seien, die bereit wären, sich um die Kinder zu kümmern. Nachdem somit die Rekurrenten im Entzugsverfahren angehört wurden, ist nicht ersichtlich, weshalb das eingeleitete Entzugsverfahren aufgeschoben bzw. sistiert werden soll. Diesem Begehren kann somit nicht entsprochen werden.

2. Der Regierungsrat als Aufsichts- und Beschwerdeinstanz im Vormundschaftswesen hat somit lediglich zu prüfen, ob der Beschluß der Vormundschaftsbehörde rechtswidrig ist. Sind die Eltern nicht imstande, die elterliche Gewalt